

---

Pressemeldung Nr. 05 / 2011

29. April 2011

Ansprechpartner: Christian B. Schad, Landesgeschäftsführer  
Tel: 0711 / 48 12 78

---

## Waldorfschulen begrüßen Koalitionsvertrag

Der designierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und sein voraussichtlicher Stellvertreter Nils Schmid (SPD) haben einen Monat nach der Wahl den Koalitionsvertrag vorgestellt. In diesem 83-seitigen Dokument steht die Bildungspolitik an erster Stelle. Diese soll in den kommenden fünf Jahren verbessert werden, damit es für Baden-Württemberg nicht mehr, wie in der Präambel beschrieben steht, heißen müsste: „In keinem anderen Land entscheidet die Herkunft so stark über die Bildungschancen“.

Dr. Albrecht Hüttig, Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg, zeigt sich gleich dreifach erfreut. „Drei für die Waldorfpädagogik und für das freie Schulwesen wichtige Bereiche werden im Koalitionsvertrag explizit genannt“ so der Pädagoge. Zum einen ist dies die verbindliche Einführung des Orientierungsplanes bei den Kindertagesstätten, an dessen Formulierung Waldorferzieher mitgewirkt haben. Weiter ist es das Thema Inklusion. Hier heißt es im Koalitionsvertrag wörtlich, es „sollen möglichst viele allgemein bildende Schulen bei entsprechendem Bedarf inklusiv arbeiten können.“ Hier hat die inklusiv arbeitende Integrative Waldorfschule Emmendingen eine Vorreiterrolle und kann diese nun weiter entwickeln. Zum dritten ist im Koalitionsvertrag ein Abschnitt dem Freien Schulwesen gewidmet. Er trägt die Überschrift „Freie Schulen fair ausstatten.“ Hier heißt es im Vertragstext: „Unser Ziel ist dabei ein Kostendeckungsgrad von mindestens 80 Prozent der Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule gemäß dem Bruttokostenmodell.“ Die stufenweise Anhebung der finanziellen Mittel ist damit beschlossenes Ziel. Die 56 Waldorfschulen im Land erwarten daher, dass das Privatschulgesetz baldmöglichst novelliert wird.

„Wir gehen davon aus, dass die finanzielle Ausstattung von Waldorfschulen endlich durch den Gesetzgeber verbessert werden wird“, so Hüttig. Dieses Ziel hatte sich auch die Vorgängerregierung gesteckt, musste aber am Ende der Legislaturperiode feststellen, dass es nur bei der Absicht geblieben ist. Wegen der permanenten Unterfinanzierung

gerieten die Waldorfschulen zunehmend in den Graubereich der „Sonderung“, die das Grundgesetz verbietet. „Eine Sonderung nach wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern wollen wir nicht, dies widerspricht unserem Grundverständnis und unseren Wertvorstellungen“, so Hüttig. Hüttig vertritt neben seinem Amt als Vorstand im Landesverband auch die Rudolf Steiner Schule Nürtingen, die gegen das Land Klage wegen zu geringer Zuschüsse erhoben hat. Dieser Klage wurde in vielen Punkten vor dem VGH Mannheim stattgegeben.

für  
Die Waldorfschulen begrüßen darüber hinaus die Einführung der Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse an den Orten, wo dies gewünscht wird. Mit Formen gemeinsamen Unterrichts haben die Waldorfschulen seit ihrer Gründung im Jahre 1919 eine bald 100-jährige Erfahrung. Deshalb bieten die Vertreter der Waldorfschule dem künftigen von der SPD geführten Kultusministerium den konstruktiven Dialog für die Umsetzungsmöglichkeiten dieses Schultyps an.

In Baden-Württemberg sind 56 Waldorfschulen Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft. Rund 23.800 Schüler besuchen im Schuljahr 2010 / 2011 eine Waldorfschule in Baden-Württemberg.

Zukunft  
<http://www.waldorf-bw.de>

unserer

Kinder

für  
die  
Zukunft  
unserer  
Kinder